

Inhaltsübersicht

Autorenverzeichnis	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXV
Teil 1 Verkehrszivilrecht	1
Abschnitt 1 Haftungsrecht	3
A. Anspruchsgrundlagen	3
B. Fahrzeugschaden.	23
C. Personenschaden – Allgemeines und »kleine« Schäden	91
D. Personenschaden – Großschadenfälle	142
E. Haushaltsführungsschaden	182
F. Prozessformulare Unfallregulierung.	203
G. Regress des Sozialversicherungsträgers.	243
Abschnitt 2 Vertragsrecht	267
H. Fahrzeugkaufvertrag	267
I. KFZ-Leasing	295
Teil 2 Verkehrsstraf- und Ordnungswidrigkeitenrecht	311
J. Verkehrsordnungswidrigkeiten	313
K. Verkehrsstrafrecht	350
L. Besonderheiten der Verteidigung im Bußgeldverfahren bei Fuhrunternehmen Einzelne Vorschriften, Verteidigungsstrategien und Prävention durch Fuhrparkmanagement.	410
Teil 3 Verkehrsverwaltungsrecht	459
M. Verkehrsverwaltungsrecht	461
Teil 4 Verkehrsrechtliche Bezüge zum Arbeitsrecht	517
N. Kündigung des Arbeitsverhältnisses wegen verkehrsrechtlicher Vergehen im Straßenverkehr	519
Stichwortverzeichnis.	527

Inhaltsverzeichnis

Autorenverzeichnis	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXV

Teil 1 Verkehrszivilrecht	1
--	----------

Abschnitt 1 Haftungsrecht	3
--	----------

A. Anspruchsgrundlagen	3
1. Haftung nach StVG	3
2. Verschuldenshaftung nach §§ 823 ff. BGB	6
3. Haftung für Verrichtungsgehilfen, § 831 BGB.	6
4. Haftung nicht motorisierter Verkehrsteilnehmer	6
4.1 Unfälle mit Radfahrern/Fußgängern	6
4.2 Unfälle mit Kindern.	7
5. Schuldanerkenntnis	8
6. Haftung bei begleitetem Fahren (Führerschein mit 17)	9
7. Ansprüche gegen Verkehrsoferhilfe nach § 12 PflVG.	9
8. Haftungsquotenfälle (Mithaftung)	10
8.1 Kreuzungsverkehr	11
8.1.1 beampelte Kreuzung/Einmündung	11
8.1.2 unbeampelte Kreuzung/Einmündung.	12
8.1.3 »Lückenunfälle«	13
8.1.4 missverständliches Lichtsignal	14
8.2 Begegnungsverkehr	14
8.3 gleichgerichteter Verkehr.	15
8.3.1 Auffahrunfall mit stehenden/liegendebliebenen Fahrzeug	15
8.3.2 Auffahrunfall wegen abbremsendem Fahrzeug	16
8.3.3 Überholen	16
8.4 Parkunfälle	17
8.5 Unfälle mit nicht motorisierten Verkehrsteilnehmern	18
8.5.1 Unfälle mit Fahrrädern.	18
8.5.2 Unfälle mit Fußgängern	19
8.5.3 Unfälle mit Kindern	20
8.6 Unfälle mit Sonderrechtsfahrzeugen	21

B. Fahrzeugschaden	23
1. Beginn des Mandates	23
1.1 Allgemeine Angaben des Mandanten Personenbezogene Daten.	23
1.2 Fragebogen für Anspruchsteller	25
1.3 Zentralruf der Autoversicherer	28
1.4 Akteneinsicht	29
1.5 Erinnerung Akteneinsicht	30
2. Erste Schreiben nach Mandatserteilung	31
2.1 Mandatsbestätigung.	31
2.2 Mitteilung an Mandanten über Schadensspezifikation.	32
2.3 Anschreiben an Zeugen	33
2.4 Erinnerung an Zeugenaussage	34
2.5 Schadenanzeige gegenüber der eigenen Versicherung.	34
2.6 Kostendeckungsanfrage an die Rechtsschutzversicherung	36

3.	Schreiben an gegnerische Versicherung – Schadenanzeige und Schadensspezifizierung	38
3.1	Einfache Schadenanzeige ohne Unfallschilderung	38
3.2	Schadenanzeige mit Unfallschilderung	40
3.3	Einfache Schadensspezifikation	42
3.4	Ergänzende Schadensspezifikation – Erhöhung der Ansprüche allgemein	44
3.5	Ergänzende Schadensspezifikation – Erhöhung der Ansprüche um Kreditkosten	45
3.6	Zahlungsaufforderung – Abzüge ungerechtfertigt	46
3.7	Mahnung und Zahlungsaufforderung mit Nachfrist	47
3.8	Zahlungsaufforderung mit Klageandrohung	48
3.9	Zahlungsaufforderung mit Übersendung der Ermittlungsakte	49
4.	Reparaturschaden – Schadensbegründung	50
4.1	Konkrete Schadensabrechnung	50
4.1.1	Prognose-/Werkstattisiko – Reparaturkosten liegen entgegen der Schätzung im Gutachten über dem Wiederbeschaffungswert	50
4.1.2	Prognose-/Werkstattisiko – Reparaturkosten liegen entgegen der Schätzung im Gutachten über der 130 %-Grenze	52
4.1.3	Prognose-/Werkstattisiko – Mehrkosten wegen mangelhaft durchgeführter Reparatur	53
4.1.4	Abzug »neu für alt«	54
4.1.5	Abzug »neu für alt« – Besonderheit Sicherheitskleidung	55
4.2	Fiktive Schadensabrechnung	56
4.2.1	Stundenverrechnungssätze – keine Kürzung bei allgemeinem Verweis auf Durchschnittswerte örtlicher Fachbetriebe	56
4.2.2	Stundenverrechnungssätze – keine Kürzung ohne zeitnahen Hinweis auf kostengünstigere alternative Reparaturmöglichkeit	58
4.2.3	Stundenverrechnungssätze – keine Kürzung, da Fahrzeug nicht älter als drei Jahre	59
4.2.4	UPE-Aufschläge und Verbringungskosten – keine Abzüge auf die vom Sach- verständigen kalkulierten Reparaturkosten	60
4.2.5	Besonderes Integritätsinteresse bei fiktiver Abrechnung der Reparaturkos- ten – Reparaturaufwand ist höher als der Wiederbeschaffungsaufwand jedoch geringer als der Wiederbeschaffungswert (sog. 100 %-Fall)	61
4.2.6	Besonderes Integritätsinteresse bei fiktiver Abrechnung der Reparaturkosten – Reparaturaufwand liegt unter 130 % des Wiederbeschaffungswertes (sog. 130 %-Fall)	63
4.2.7	Keine Pflicht zur Vorlage einer Reparaturrechnung bei Abrechnung nach Gutachten	64
4.2.8	Kein Recht zur Nachbesichtigung des verunfallten Fahrzeuges durch Schädiger	65
5.	Totalschaden – Schadensbegründung	66
5.1	Einfache Schadensspezifikation bei wirtschaftlichem Totalschaden	66
5.2	Ergänzende Schadensspezifikation – Restkraftstoff im Tank bei Verwertung des verunfallten Fahrzeuges	69
5.3	Ergänzende Schadensspezifikation – Erhöhung der Ansprüche um sonstige Vermögensschäden	71
5.4	Restwertberücksichtigung bei Weiternutzung des verunfallten Fahrzeuges trotz wirtschaftlichen Totalschadens	73
5.5	Keine Anrechnung des höheren Restwertangebots des Versicherers bei Zugang erst nach Verkauf des Unfallfahrzeuges	75
5.6	Keine Anrechnung des vom Geschädigten erzielten höheren Restwerterlöses aufgrund überobligatorischer Verkaufsbemühungen	77
5.7	Einfache Schadensspezifikation bei unechtem Totalschaden – Abrechnung auf Neuwagenbasis	79
6.	Fahrzeugausfall	81
6.1	Nutzungsausfallentschädigung	81
6.1.1	Nutzungsausfallentschädigung – Hinweis an Mandanten	82

6.1.2	Schadensbegründung für pauschale Nutzungsausfallentschädigung bei privatem Pkw	82
6.1.3	Schadensbegründung für pauschale Nutzungsausfallentschädigung bei privatem Pkw mit Überlegungsfrist	84
6.1.4	Nutzungsausfallentschädigung bei privatem Pkw trotz Verletzung	85
6.1.5	Schadensbegründung für konkrete Nutzungsausfallentschädigung bei gewerblichem Fahrzeug	86
6.2	Mietwagenkosten.	87
6.2.1	Schadensbegründung Mietwagenkosten	88
6.2.2	Schadensbegründung Mietwagenkosten mit Vergleichsangeboten.	89
C.	Personenschaden – Allgemeines und »kleine« Schäden	91
1.	Allgemeines	91
2.	Erste Anschreiben	91
2.1	Erstes Anschreiben an den Schädiger bzw. dessen Haftpflichtversicherer.	91
2.2	Sonderfall: Verletzung eines Dritten (Insasse, Fußgänger etc.)	94
2.2.1	Anschreiben an »eigenen« Haftpflichtversicherer	94
2.2.2	Anschreiben an Mandant	95
2.3	Erstes Mandantenanschreiben	95
2.3.1	Mandatsbestätigung.	95
2.3.2	Informationsblatt	97
2.4	Schweigepflichtentbindungserklärung.	100
2.5	Erste Arztkorrespondenz	101
2.5.1	Anschreiben Arzt.	101
2.5.2	Arztbericht.	102
3.	Schmerzensgeld	103
3.1	Checkliste zur Bemessung eines angemessenen Schmerzensgeldes bei Personenschaden	105
3.2	Anschreiben an Haftpflichtversicherer bei Hinweis auf Vergleichsentscheidungen oder »Schmerzensgeldtabellen«	108
3.3	Anschreiben an Haftpflichtversicherer zur Geltendmachung »kleineren« Personenschadens	110
3.3.1	Anschreiben an Haftpflichtversicherer zur Geltendmachung geringer Verletzungen des Mandanten	110
3.4	Typische Probleme: Bagatellverletzungen.	112
3.4.1	Antwortschreiben an Haftpflichtversicherer wegen des Einwandes einer Bagatellverletzung	112
3.4.2	Anschreiben an Mandant zur Bagatellschadenproblematik.	113
3.5	Typische Probleme: Vorschäden	114
3.5.1	Antwortschreiben an Haftpflichtversicherer wegen des Einwandes einer bestehenden Vorerkrankung	114
3.5.2	Anschreiben an Haftpflichtversicherer oder Arzt wegen mangelnder Wesentlichkeit der Verletzung	115
3.5.3	Anschreiben an Mandant zur Anspruchskürzung bei Vorschäden	117
3.6	typische Verletzungen: HWS.	117
3.6.1	Anspruchsschreiben an Haftpflichtversicherer wegen HWS-Verletzungen	117
3.6.2	Anschreiben zur Harmlosigkeitsgrenze	120
3.6.2.1	Antwortschreiben an Haftpflichtversicherer zum Einwand einer Harmlosigkeitsgrenze.	120
3.6.2.2	Anschreiben an Mandant zur Harmlosigkeitsgrenze.	123
3.7	Arztbericht	124
3.7.1	Übersendung Arztbericht an Mandant zur Stellungnahme.	124
3.7.2	Anschreiben an Haftpflichtversicherer zur Ergänzung eines ärztlichen Berichtes	125
4.	Bezifferung sonstiger Positionen.	126
4.1	Heilbehandlungskosten	126
4.1.1	Anschreiben an Haftpflichtversicherer zur Geltendmachung von Kosten der Heilbehandlung (mit Ausnahme von Fahrt- und Besuchskosten)	126

4.1.2	Anschreiben an Haftpflichtversicherer zur Geltendmachung von Fahrt- und Besuchskosten	129
4.2	Sonstige Nebenkosten stationärer Behandlung	133
4.2.1	Anschreiben an Haftpflichtversicherer zur Geltendmachung sonstiger Nebenkosten stationärer Behandlung	133
4.2.2	Belehrung des Mandanten zur Erstattungsfähigkeit von sonstigen Nebenkosten der stationären Behandlung	135
4.3	Ersparte Verpflegungskosten	135
4.3.1	Antwortschreiben an Haftpflichtversicherer wegen des Einwandes ersparter Verpflegungskosten	135
4.3.2	Belehrung des Mandanten zur Abzugsfähigkeit ersparter Verpflegungskosten	137
4.4	Erwerbsschäden	138
4.5	Anschreiben an Haftpflichtversicherer zur Geltendmachung von Schäden an Kleidungsstücken und sonstigen Gegenständen	138
D.	Personenschaden – Großschadenfälle	142
	Vorbemerkung	142
1.	Schmerzensgeld	142
1.1	Geltendmachung Schmerzensgeldanspruch bei schweren und schwersten Verletzungen	142
1.2	Geltendmachung Schmerzensgeld bei tödlichen Verletzungen	148
1.2.1	Geltendmachung Schmerzensgeld bei tödlichen Verletzungen	148
1.3	Hinterbliebenengeld	150
1.3.1	Geltendmachung Hinterbliebenengeld	150
1.4	Schockschaden aufgrund von Verletzung/Tod eines nahen Angehörigen	152
1.4.1	Geltendmachung Schockschaden	152
2.	Erwerbsschaden Allgemeines	154
2.1	Anspruchsschreiben Erwerbsschaden abhängig Beschäftigter	154
2.2	Anspruchsschreiben Erwerbsschaden Selbstständiger	158
2.3	Rente und Kapitalisierung bei zukünftigen Erwerbsschaden	160
3.	Unterhaltsschaden	163
3.1	Barunterhalt	164
3.1.1	Barunterhalt: kinderlose Witwe, Getöteter Alleinverdiener	164
3.1.2	Barunterhalt: Witwe mit eigenem Einkommen, zwei Waisen	169
3.2	Naturalunterhalt	173
4.	Mehrbedarfsschaden	173
4.1	Geltendmachung Mehrbedarfsschaden	174
5.	Beerdigungskosten	180
E.	Haushaltsführungsschaden	182
1.	Allgemeines	182
2.	Anspruchsschreiben an den gegnerischen Haftpflichtversicherer	183
3.	Modell zur Berechnung der fiktiven Kosten einer Ersatzkraft	188
F.	Prozessformulare Unfallregulierung	203
	Vorbemerkung	203
1.	Klagen bei Sachschäden	203
1.1	Verkehrsunfallklage	203
1.2	Klageerwiderung zur Verkehrsunfallklage	209
1.3	Klage nach Inanspruchnahme der Kaskoversicherung	211
1.4	Drittwidderklage	214
1.5	Klage bei geleastem Kfz	216
1.6	Klage gegen Deutsches Büro Grüne Karte e.V.	218
1.7	Klage bei Verkehrsunfall im EU oder EWR-Ausland	220
1.8	Klage gegen die Verkehrsofferhilfe	221

2.	Klagen bei Personenschäden	223
2.1	Klage bei geringem Personenschaden ohne Feststellungsantrag	223
2.2	Schmerzensgeldklage bei HWS-Distorsion	225
2.3	Schmerzensgeldklage bei gravierenden Personenschäden mit Feststellungsantrag	228
2.4	Haushaltführungsschadenklage	234
2.5	Verdienstausfallklage	237
3.	Abfindungsvergleich	240
3.1	Endgültige Abfindung	240
3.2	Nicht endgültige Erledigung	242
G.	Regress des Sozialversicherungsträgers	243
1.	Einführung	243
1.1	Klage aus übergegangenem Recht nach § 116 SGB X	243
1.1.1	Klage des Sozialversicherungsträgers bei einem Verkehrsunfall aus gem. § 116 SGB X auf ihn übergegangenen Ansprüchen des Versicherten – Haftungsquote 100 %	243
1.1.2	Klage des Sozialversicherungsträgers bei einem Verkehrsunfall aus gem. § 116 SGB X auf ihn übergegangenen Ansprüchen des Versicherten – Haftungsquote 50 %	247
1.2	Klage gem. § 110 SGB VII	253
1.2.1	Klage aus § 110 SGB VII ohne Mitverschulden des Versicherten	253
1.2.2	Klage gem. § 110 SGB VII unter Annahme eines Mitverschuldens des Versicherten i.H.v. 30 %	258
	Abschnitt 2 Vertragsrecht	267
H.	Fahrzeugkaufvertrag	267
1.	Kaufvertrag (privater Verkauf eines gebrauchten Kfz)	267
2.	außergerichtliche Schreiben	270
2.1	Abstandnehmen von verbindlicher Bestellung (Anschreiben)	270
2.2	Nacherfüllungsanspruch bei Verkauf von Verbraucher an Verbraucher (Anschreiben)	271
2.3	Rücktritt und Schadensersatz bei unmöglicher Nacherfüllung (Anschreiben)	275
2.4	Kombination von Nacherfüllung und Rücktritt (Anschreiben)	277
2.5	Anschreiben an Rechtsschutzversicherung wegen Rechtsanwaltsgebühren für Rücktritt	279
2.6	Minderung (Anschreiben)	280
2.7	Kombination von Ansprüchen aus Garantie und Sachmängelhaftung (Anschreiben)	281
2.8	Ablehnung Sachmängelhaftungsansprüche wegen eigenmächtiger Selbstvornahme (Anschreiben)	284
3.	Gerichtliche Schriftsätze	284
3.1	Klage wegen Rücktritt und Schadensersatz	284
3.2	Klageerwiderung gegen Klage auf Rücktritt	290
3.3	Antrag im selbstständigen Beweisverfahren	292
I.	KFZ-Leasing	295
1.	Leasing allgemein	295
2.	Abwicklung von Unfallschäden an Leasingfahrzeugen	296
2.1	Schadenmeldung gegenüber dem Leasinggeber	296
2.1.1	Erstschriften an den Mandanten	296
2.1.2	Schadenmeldung an den Leasinggeber	297
2.2	Leasingtypische Besonderheiten	298
2.2.1	Haftung und Mithaftung des Leasingnehmers	298
2.2.2	Reparatur	298
2.2.3	Reparatur/Schreiben an Mandant/in	299
2.3	Korrespondenz mit dem Schädiger/Kfz-Haftpflichtversicherer	299
2.3.1	Schadenanmeldung/Benachrichtigung des Unfallgegners über Leasingeigenschaft Versicherungsgesellschaft	299

2.3.2	Unfallbedingte Reparaturschäden	300
2.3.2.1	Übersicht	300
2.3.2.2	USt	301
2.3.2.3	Finanzierungskosten/Geltendmachung von Finanzierungskosten	303
2.3.2.4	Wertminderung	304
2.3.2.5	Totalschaden, erhebliche Beschädigung	305
2.3.2.6	Mietwagenkosten	307
2.3.2.7	Nutzungsausfallentschädigung	308
2.3.2.8	Sachverständigenkosten	308
3.	Besonderheiten bei regulärem Vertragsende des Leasingvertrages	308
3.1	Einleitung	308
3.2	Rückgabe und Abrechnung beim Restwertvertrag	308
3.3	Wertermittlung durch Sachverständigengutachten	309
3.3.1	Schreiben an Leasinggeber wegen Gebrauchsspuren	310
Teil 2 Verkehrsstraf- und Ordnungswidrigkeitenrecht		311
J. Verkehrsordnungswidrigkeiten		313
1.	Schriftsätze an Behörden und Gerichte	313
1.1	Bestellungsschriftsatz in Verkehrsordnungswidrigkeitenverfahren	313
1.2	Anfrage an das Kraftfahrtbundesamt	314
1.3	Kennzeichenanzeige – Kein Fahrtenbuch	315
1.4	Kennzeichenanzeige bei Dienstfahrzeug	316
1.5	Geschwindigkeitsmessung durch Radar	317
1.6	Geschwindigkeitsmessung durch Nachfahren	319
1.7	Rotlichtverstoß (keine gezielte Überwachung)	322
1.8	Atypischer qualifizierter Rotlichtverstoß	323
1.9	Kein Fahrverbot gem. § 25 Abs. 1 Satz 1 StVG, BKatV	325
1.10	Bußgeldtrunkenheitssache (§ 24a StVG): Weniger Geldbuße und kein oder nur beschränktes Fahrverbot	329
1.11	Vermeidung eines Fahrverbots bei Bußgeldtrunkenheitstätern (§ 24a StVG) aufgrund einer psychologischen Schulungsmaßnahme	332
1.12	Parallelverbüßung zweier Fahrverbote	334
1.13	Rechtsbeschwerdeeinlegung	334
1.14	Rechtsbeschwerdebegründung und Begründung des Zulassungsantrages	334
1.15	Deckungsschutzanfrage an Rechtsschutzversicherung	336
2.	Schreiben an Mandanten	336
2.1	Belehrung der Mandantschaft bei Bußgeldtrunkenheitsdelikt (§ 24a StVG)	336
2.2	Mitteilung an Mandanten nach Verurteilung in Verkehrsordnungswidrigkeitenverfahren	337
2.3	Mitteilung an Mandanten bei Einspruchsrücknahme in Verkehrsordnungswidrigkeitenverfahren	338
2.4	Information über den weiteren Fortgang des Verfahrens	339
2.5	Information über den Ablauf eines Gerichtstermins	340
3.	Informationsschreiben an den Mandanten	342
3.1	Information über die Teilnahme an einem Nachschulungskurs bzw. an einer Verkehrstherapie aufgrund von Delikten ohne Alkoholeinfluss (mit: Punkten/Verkehrsunfallflucht und anderen Delikten)	342
3.2	Information über die Teilnahme an einem Fahreignungsseminar	348
K. Verkehrsstrafrecht		350
1.	Verkehrsstraftaten und ihre Folgen/Einzelne Strafvorschriften	350
1.1	Alkohol und andere berauschende Mittel im Straßenverkehr – §§ 316, 315c Abs. 1 Nr. 1a, 323a StGB	350
1.1.1	Trunkenheit im Verkehr § 316 StGB	350

1.1.1.1	Antrag auf Verfahrenseinstellung – keine alkoholbedingte Fahrsicherheit	350
1.1.1.2	Antrag auf Verfahrenseinstellung – keine Fahrsicherheit bei kombinierter Wirkung von Alkohol und Drogen (Kokain)	353
1.1.1.3	Verteidigungsschrift und Anregung, durch Strafbefehl zu entscheiden – kein Vorsatz	356
1.1.2	Gefährdung des Straßenverkehrs infolge des Konsums alkoholischer Getränke oder anderer berauschender Mittel – § 315c Abs. 1 Nr. 1a StGB	358
1.1.2.1	Verteidigungsschrift und Anregung, durch Strafbefehl zu entscheiden – keine konkrete Gefahr	358
1.1.2.2	Verteidigungsschrift und Anregung, durch Strafbefehl zu entscheiden – keine Kausalität	361
1.2	Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort – § 142 StGB	363
1.2.1	Antrag auf Verfahrenseinstellung – kein öffentlicher Verkehrsraum	363
1.2.2	Antrag auf Verfahrenseinstellung – Unfall nicht bemerkt, daher kein Vorsatz	365
1.2.3	Antrag auf Verfahrenseinstellung – Annahme, der Anwesenheits- und Vorstellungspflicht sei genügt, daher Tatbestandsirrtum und kein Vorsatz	367
1.2.4	Antrag auf Verfahrenseinstellung – nächtlicher Unfall, nach Beachtung der Wartepflicht Feststellungen unverzüglich nachträglich erfüllt	369
1.3	Fahrlässige Körperverletzung und fahrlässige Tötung – §§ 222, 229 StGB	371
1.3.1	Antrag auf Verfahrenseinstellung – keine Vermeidbarkeit	371
1.3.2	Antrag auf Verfahrenseinstellung – kein Strafantrag, kein besonderes öffentliches Interesse	373
1.4	Nötigung – § 240 StGB	374
1.5	Gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr – § 315b StGB	377
1.6	Sonstige Gefährdung des Straßenverkehrs	378
1.6.1	Fahrsicherheit infolge körperlicher und geistiger Mängel – § 315c Abs. 1 Nr. 1b) StGB	378
1.6.1.1	Antrag auf Verfahrenseinstellung – langsames Abkommen von der Fahrbahn allein beweist Fahrsicherheit durch Ermüdung nicht	378
1.6.2	Die »7 Todsünden« des Kraftfahrers – § 315c Abs. 1 Nr. 2 StGB	379
1.6.2.1	Antrag auf Einstellung des Verfahrens – keine Rücksichtslosigkeit (Vorfahrtverletzung)	379
2.	Rechtsfolgen einer Verkehrsstraftat	381
2.1	Haupt- und Nebenstrafen	381
2.1.1	Fahrverbot – § 44 StGB	381
2.1.1.1	Berufungsbeschränkung auf den Rechtsfolgenausspruch – trotz Vorliegen eines Regelfalls kein Fahrverbot wegen Zeitablaufs oder nur beschränktes Fahrverbot	381
2.1.1.2	Mandanteninformation bei Verhängung einer Geldstrafe und Anordnung eines Fahrverbotes (§ 44 StVG)	383
2.1.2	Geldstrafe	385
2.1.2.1	Berufungsbeschränkung auf den Rechtsfolgenausspruch – trotz einschlägiger Vortaten keine Freiheitsstrafe	385
2.1.3	Freiheitsstrafe	388
2.1.3.1	Berufungsbeschränkung auf den Rechtsfolgenausspruch – Bewährung bei Trunkenheitsfahrt trotz schwerer Tatfolgen	388
2.2	Entziehung der Fahrerlaubnis – § 69 StGB	390
2.2.1	Verteidigungsschrift und Anregung, durch Strafbefehl zu entscheiden – keine Entziehung der Fahrerlaubnis trotz Vorliegens des Regelbeispiels des § 69 Abs. 2 Nr. 3 StGB, kein Fahrverbot (Unfallflucht)	390
2.2.2	Mandanteninformation bei drohender Entziehung der Fahrerlaubnis wegen alkoholbedingter Fahrsicherheit – § 69 StGB	391

2.2.3	Mandanteninformation nach rechtskräftiger Entziehung der Fahrerlaubnis wegen alkoholbedingter Fahrunsicherheit – § 69 StGB – Anordnung der Beibringung eines medizinisch-psychologischen Gutachtens droht	394
2.2.4	Mandanteninformation nach rechtskräftiger Entziehung der Fahrerlaubnis wegen alkoholbedingter Fahrunsicherheit – § 69 StGB – Anordnung der Beibringung eines medizinisch-psychologischen Gutachtens droht nicht, ist aber auch nicht auszuschließen	396
3.	Verkehrsstraßprozess	398
3.1	Ermittlungsverfahren	398
3.1.1	Antrag auf Verfahrenseinstellung wegen Vorliegen eines Beweisverwertungsverbotes aufgrund unterbliebener Beschuldigtenbelehrung eines der Unfallflucht verdächtigen Fahrzeughalters.	398
3.1.2	Widerspruch gegen die Beschlagnahme des Führerscheins mangels dringenden Tatverdachts nach Inanspruchnahme des Zeugnisverweigerungsrechts der Ehefrau.	400
3.1.3	Beschwerde gegen einen die Beordnung als Pflichtverteidiger ablehnenden Beschluss der schwieriger Sach- oder Rechtslage wegen möglicherweise vorliegender alkoholbedingter Schuldunfähigkeit (»rückwirkende Beordnung«)	401
3.2	Zwischenverfahren.	402
3.2.1	Antrag auf Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens aus tatsächlichen Gründen	402
3.3	Revision	404
3.3.1	Ausgeführte Sachrüge – Keine ordnungsgemäße Wahlgegenüberstellung	404
L.	Besonderheiten der Verteidigung im Bußgeldverfahren bei Fuhrunternehmen Einzelne Vorschriften, Verteidigungsstrategien und Prävention durch Fuhrparkmanagement	410
1.	Allgemeines	410
2.	Besonderheiten in der Mandatsanbahnung	410
2.1	Allgemeines	410
2.2	Einzelprobleme in der Mandatsanbahnung bei Fahrern eines Lastkraftwagens.	411
2.2.1	Zeugenfragebogen der Bußgeldstelle an das Fuhrunternehmen	411
2.2.2	Sofortige Reaktion ggü. der Bußgeldstelle auf den Zeugenfragebogen, gerichtet an das Fuhrunternehmen erforderlich	411
2.2.3	Verhinderung von Besuchen, Durchsuchungen und Beschlagnahmen an der Betriebsstätte des Fuhrunternehmens	411
2.2.4	Auftrag des Rechtsanwalts ist es, den Fuhrunternehmer zu vertreten, dann Zeugenbeistand	412
2.2.5	Auftrag des Rechtsanwalts ist es, den Fahrer zu vertreten, dann Verteidiger	412
2.2.6	Zeugenfragebogen der Bußgeldstelle an das Fuhrunternehmen ohne Kontakt zwischen Rechtsanwalt und Fahrer.	412
2.2.7	Bestellschreiben ggü. der Bußgeldstelle nach einem Zeugenfragebogen an das Fuhrunternehmen	413
2.2.8	Schreiben an den Fahrer wegen eines Zeugenfragebogens der Bußgeldstelle an das Fuhrunternehmen	414
2.2.9	Punktemanagement.	414
2.2.10	Kostenübernahme durch die Rechtsschutzversicherung des Fuhrunternehmens	414
2.2.11	Antrag auf Entbindung von der Verpflichtung zum persönlichen Erscheinen in einem Hauptverhandlungstermin	414
2.2.12	Gefahr der Anordnung eines Fahrtenbuchs für den Fuhrpark.	415
2.3	Einzelprobleme in der Mandatsanbahnung bei Verstößen gegen Halterpflichten	415
2.3.1	Typischer Anhörungsbogen	415
2.3.2	Reiner Zeugenfragebogen	415
2.3.3	Kombinierter Anhörungs- und Zeugenfragebogen	416

3.	Geschwindigkeitsverstöße anhand einer Auswertung des Fahrtenschreibers oder des EG-Kontrollgeräts	416
3.1	Allgemeines	416
3.2	Die Diagrammscheibe als Beweismittel	416
3.3	Der Ausdruck aus dem digitalen Kontrollgerät als Beweismittel	417
3.4	Verteidigungsstrategie.	417
3.5	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers Geschwindigkeitsüberschreitung LKW	418
4.	Abstandsverstöße von Lastkraftwagen auf BAB	419
4.1	Allgemeines	419
4.2	Verteidigungsstrategie.	419
4.3	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers Abstandsverstoß LKW	420
5.	Verstoß gegen das Überholverbot, hier: Elefantenrennen	421
5.1	Allgemeines	421
5.2	Verteidigungsstrategie.	421
5.3	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers Überholverbot LKW	422
6.	Sonntagsfahrverbot	423
6.1	Allgemeines	423
6.2	Verteidigungsstrategie.	423
6.3	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers Verstoß gegen Sonntagsfahrverbot LKW	423
6.4	Ein Beispiel aus der Praxis, Schriftsatz Verteidigung des Fahrers, wenn Feiertage nicht bundesweit gelten	424
6.5	Schriftsatz Verteidigung des Halters Sonntagsfahrverbot LKW	425
7.	Ladungssicherung	425
7.1	Allgemeines	425
7.2	Verteidigungsstrategie.	426
7.3	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers wegen Verstoß gegen die Ladungssicherungspflicht LKW	426
7.4	Ein Beispiel aus der Praxis, Ladungssicherung bei dem Transport von landwirtschaftlichem Schüttgut, Schriftsatz Verteidigung des Fahrers ggü. der Bußgeldstelle.	429
7.5	Verteidigung des Halters	431
8.	Überladung	431
8.1	Allgemeines	431
8.2	Verteidigungsstrategie.	432
8.3	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers Überladung LKW	432
8.4	Verteidigung des Halters	435
9.	Abmessung von Fahrzeugen	435
9.1	Allgemeines	435
9.2	Verteidigungsstrategie.	435
9.3	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers Höhenüberschreitung LKW	436
9.4	Schriftsatz Verteidigung des Halters Höhenüberschreitung LKW	437
10.	Mängel am Fahrzeug	438
10.1	Allgemeines	438
10.2	Verteidigungsstrategie.	438
10.3	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers wegen Mängeln am Fahrzeug LKW	438
10.4	Verteidigung des Halters.	439
11.	Lenk- und Ruhezeiten	439
11.1	Allgemeines	439
11.2	Verteidigungsstrategie	439
11.3	Tabellarische Übersicht zu den Lenk- und Ruhezeiten nach der VO (EG) Nr. 561/2006 und des AETR.	440
11.4	Schreiben an die Rechtsschutzversicherung nach Ablehnung der Eintrittspflicht	441
11.5	Eintragung von rechtskräftigen Verstößen gegen die Lenk- und Ruhezeiten und Verjährung	441

11.5a	Auskunft aus dem Gewerbezentralregister	441
11.6	Schriftsatz Verteidigung des Unternehmers wegen Verstoß gegen Lenk- und Ruhezeiten.	442
12.	Mautpflicht für Lastkraftwagen	443
12.1	Allgemeines	443
12.2	Die Ordnungswidrigkeitentatbestände	443
12.3	Eintragung von rechtskräftigen Verstößen gegen das ABMG und Verjährung.	444
12.3a	Auskunft aus dem Gewerbezentralregister.	444
12.4	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers wegen Verstoß gegen die Mautpflicht.	444
13	Güterkraftverkehrsgesetz	445
13.1	Allgemeines	445
13.2	Verteidigungsstrategie	446
13.3	Eintragung von rechtskräftigen Verstößen gegen das GüKG und Verjährung	446
13.3a	Auskunft beim Bundesamt für Güterverkehr (BAG)	446
13.4	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers wegen Verstoß gegen das GüKG	446
13.5	Schriftsatz Verteidigung des Unternehmers wegen Verstoßes gegen das GüKG	447
14.	Halten und Parken von Lastkraftwagen	448
14.1	Allgemeines	448
14.2	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers wegen Parkverstoß LKW.	448
14.3	Weitere Park- und Halteverstöße	449
15.	Fuhrparkmanagement	449
15.1	Allgemeines	449
15.2	Verteidigungsstrategie für den Fuhrparkinhaber	450
15.3	Schriftsatz Verteidigung des Halters (Fuhrparkinhabers) wegen Verstoß gegen seine Sorgfaltspflichten.	450
15.4	Dienstanweisungen des Halters an seine Fahrer und andere Betriebsverantwortliche	452
15.4.1	Formular einer allgemeinen Dienstanweisung an den Fahrer	452
15.4.2	Formular einer Dienstanweisung zur Einhaltung von Lenk- und Ruhezeiten an den Fahrer	453
15.4.3	Formular einer Dienstanweisung zur Beachtung der Ladungssicherung	453
15.4.4	Belehrungsprotokoll als Dokumentationsnachweis für den Unternehmer bzw. sonstigen Betriebsverantwortlichen zum Nachweis der Belehrung der Fahrer	453
15.5	Bußgeldverfahren gem. § 130 OWiG wegen Verletzung von Unternehmerpflichten	454
15.6	Schriftsatz Verteidigung des Betriebsinhabers wegen Verstoß gegen seine Aufsichtspflichten im Betrieb.	455
16.	Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz.	455
16.1	Allgemeines	455
16.2	Ein Beispiel aus der Praxis, Schriftsatz Verteidigung des Fahrers wegen Verstoß gegen § 9 Abs. 1 BKrFQG bei Berufung auf die »Handwerkerklausel«	456
16.3	Ein Beispiel aus der Praxis, Schriftsatz Verteidigung des Betriebsinhabers wegen Verstoß gegen § 9 Abs. 2 BKrFQG bei Berufung auf die »Handwerkerklausel«	457
Teil 3 Verkehrsverwaltungsrecht		459
M. Verkehrsverwaltungsrecht		461
1.	Klage gegen die Anordnung der Beibringung eines medizinisch-psychologisches Gutachtens	461
2.	Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage gegen eine Entziehungsverfügung wegen Nichtbebringens eines angeordneten medizinisch-psychologischen Gutachtens.	466
3.	Klage gegen Entziehung der Fahrerlaubnis wegen eines negativen Fahreignungsgutachtens.	470
4.	Klage gegen die Entziehung der Fahrerlaubnis wegen Nichtbebringens eines angeordneten medizinisch-psychologischen Gutachtens.	473

5.	Stellungnahme zur Aufforderung zur Beibringung eines medizinisch-psychologischen Gutachtens wegen Fahreignungsbedenken im Zusammenhang mit Beräubungsmittelkonsum	474
6.	Klage gegen die Entziehung der Fahrerlaubnis wegen erstmaliger Verkehrsteilnahme unter der Wirkung von Cannabis	477
7.	Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage gegen eine Entziehungsverfügung ohne vorherige Anordnung eines medizinisch-psychologischen Gutachtens	481
8.	Stellungnahme zum Anhörungsschreiben wegen beabsichtigter Entziehung der Fahrerlaubnis wegen Nichtbebringens eines angeordneten medizinisch-psychologischen Gutachtens	483
9.	Verpflichtungsklage auf Wiedererteilung einer Fahrerlaubnis	486
10.	Klage gegen die Entziehung der Fahrerlaubnis nach dem Fahreignungs-Bewertungssystem (Erreichen von 8 Punkten)	490
11.	Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung einer Klage gegen die Entziehung der Fahrerlaubnis der nach dem Fahreignungs-Bewertungssystem	492
12.	Schreiben an die Fahrerlaubnisbehörde wegen beabsichtigter Entziehung der Fahrerlaubnis bei noch anhängigem Strafverfahren	493
13.	Antrag auf Aussetzung der Vollziehung einer Entziehungsverfügung (wegen geänderter Umstände)	494
14.	Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung einer Klage gegen eine Entziehungsverfügung bei vorgelegtem negativem Fahreignungsgutachten	496
15.	Antrag auf vorläufige Neuerteilung einer Fahrerlaubnis im Wege der einstweiligen Anordnung gem. § 123 VwGO	498
16.	Antrag gem. § 123 VwGO auf vorläufige Untersagung der Entziehung der Fahrerlaubnis	502
17.	Antrag auf Erlass eines feststellenden Verwaltungsakts (Geltung der EU-Fahrerlaubnis)	504
18.	Anfechtungsklage gegen Feststellung der Nichtgeltung einer EU-Fahrerlaubnis	506
19.	Klage gegen die Anordnung eines Fahrtenbuchs	509
20.	Leistungsklage, gerichtet auf die Rückerstattung von Kosten einer behördlichen Abschleppmaßnahme	511
21.	Klage gegen einen Leistungsbescheid wegen behördlicher Abschleppkosten	514
	Teil 4 Verkehrsrechtliche Bezüge zum Arbeitsrecht	517
	N. Kündigung des Arbeitsverhältnisses wegen verkehrsrechtlicher Vergehen im Straßenverkehr	519
	Vorbemerkung	519
1.	Kündigungserklärungen des Arbeitgebers	519
1.1	Ordentliche fristgebundene Änderungskündigung	519
1.2	Außerordentliche fristlose Änderungskündigung	519
1.3	Ordentliche (fristgebundene) Kündigung	519
1.4	Außerordentlich fristlose Kündigung – mit hilfswieser ordentlicher Kündigung	519
2.	Klagen des Arbeitnehmers gegen Kündigungen des Arbeitgebers	520
2.1	Kündigungsschutzklage gegen ordentliche Änderungskündigung	520
2.2	Feststellungsklage aufgrund außerordentlich fristloser Kündigung	523
2.3	Kündigungsschutzklage gegen ordentliche Kündigung nach Entziehung der gesetzlichen Fahrerlaubnis und bei Erhalt der innerbetrieblichen Fahrerlaubnis (U-Bahn-Fahrer)	524
	Stichwortverzeichnis	527